Abendausgabe

Nr. 251 ♦ 43. Jahrgang

Ausgabe B Nr. 123

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Montag
31. Mai 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Pilsudski gewählt und lehnt ab!

Erregung in Warschau.

Warschau, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Nationalversammlung ist bei überaus starker Teilnahme der Abgeordneten und Senatoren, von denen nur wenige fehlten — darunter Witos und zwei seiner Exministerkollegen — um 10 Uhr 10 Minuten eröffnet worden. Die drei Parteien der Rechten haben den Posener Wojwoden Bninski gegen Pilsudski aufgestellt. Die rechte Bauernpartei Piast hat in der letzten Nacht beschlossen, sich der Kandidatur Pilsudskis nicht entgegenzustellen. Um 11 Uhr 25 Minuten begann die Stimmenzählung. Sie ergab 485 gültige Stimmen. Die absolute Mehrheit beträgt 274. Pilsudski wurde mit 292 Stimmen gewählt. Auf Bninski lauteten 193 Stimmen. 61 Mitglieder enthielten sich der Stimme.

Abwesend waren nur 10 Abgeordnete, davon 2 entschuldigt; von den übrigen 8 gehörten 4 zu den Minderheitsvölkern, 4 zur Rechten. Die Rechte hätte bei dieser Besetzung des Hauses 204 Stimmen aufbringen müssen, aber der größte Teil der Piast- und der Nationalen Arbeiterpartei stimmten für Pilsudski.

Die Linke nahm die Wahl des Marschalls Johann Pilsudskis mit Begeisterung auf. Einige Abgeordnete des Zentrums stimmten beim Verlassen des Saales die Nationalhymne an. Die deutschen Abgeordneten stimmten geschlossen für Pilsudski.

Sejmmarschall Rataj schickte nach Feststellung des Wahlergebnisses einen Sekretär zu Pilsudski mit der Anfrage, ob er die Wahl annehme und wann er den Eid auf die Verfassung vor der Nationalversammlung leisten wolle.

Pilsudski lehnt ab!

Warschau, 31. Mai. (WTB.) Die hiesige Vertretung der „Associated Preß" meldet: Marschall Pilsudski hat die Wahl zum Staatspräsidenten aus verfassungsrechtlichen Bedenken abgelehnt und Professor Ziechowski (Wilna) sowie Professor Ignaz Moscicki (Lemberg) zur Wahl an seiner Stelle vorgeschlagen.

Sejmmarschall Rataj erklärte in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Bartel um 12,45 Uhr vor Vertretern der polnischen Presse, daß Marschall Pilsudski die Wahl zum Staatspräsidenten nicht annehme. Sein Beschluß, so erklärte Rataj, sei unwiderruflich.

Infolgedessen hat Sejmmarschall Rataj für morgen zehn Uhr die Nationalversammlung wiederum einberufen, um die Wahl des neuen Staatspräsidenten vorzunehmen. Der Entschluß Pilsudskis hat in politischen Kreisen eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Die Folgen der Entscheidung des Marschalls Pilsudski lassen sich zurzeit noch nicht in ihrem ganzen Umfange übersehen.

Warschau, 31. Mai. (WTB.) Marschall Pilsudski hat die auf ihn entfallene Wahl abgelehnt mit der Begründung, in den Ziffern des Wahlergebnisses komme für seine Auffassung nicht hinreichend der Wille zur Säuberung zum Ausdruck, den er von dem Sejm als Voraussetzung für die Annahme einer Wahl gefordert habe.

Die von ihm vorgeschlagenen beiden Kandidaten sind beide Hochschullehrer von Ruf. Prof. Moszicki ist Chemiker und wirkte als solcher in Lemberg. Er gehört zurzeit dem Vorstand des jüngst im Haager Prozeß Polen abgesprochenen Stickstoffwerkes Chorzow an. Der zweite Kandidat Zdziechowski ist Professor der Philosophie in Wilna und wirkte vor dem Kriege in gleicher Eigenschaft in Krakau. Er ist ein naher Verwandter des früheren Finanzministers gleichen Namens und genießt als Rechtsphilosoph, insbesondere wegen seiner Bücher über die Rechtsauffassung des Westens und diejenige Rußlands, in Polen einen großen Ruf.

Pilsudskis Ansprache vor der Wahl.

Die in unserer Sonntagsnummer kurz wiedergegebene Ansprache Pilsudskis an die Vertreter der Parlamentsfraktionen am Sonnabend enthielt folgende Wendungen: Die Verhältnisse in Polen haben sich derart entwickelt, daß ich es zu einer Nationalversammlung gar nicht hätte kommen lassen brauchen. Ich werde keinen Druck ausüben, aber ich warne Sejm und Senat: Wählt keinen Parteimann zum Kandidaten. Sonst könnte ich Sejm und Senat, die im Lande beliebten Einrichtungen, vor der Strafe nicht schützen. Ich werde es zu verhindern wissen, daß in Polen ein Mann unter dem Terror von Schurken regiert, denn

ich habe den Gaunern, Halunken, Mördern und Dieben den Krieg erklärt.

Sejm und Senat haben ein Uebergewicht an Rechten — sie sollen jetzt ausruhen, um den Regierenden Gelegenheit zu geben, zu zeigen, was sie können. Was mich betrifft, so macht mit meiner Kandidatur, was Ihr wollt. Ihr könnt wählen, wen Ihr wollt. Jedoch sucht einen würdigen Vertreter. Wenn dann der Präsident gewählt ist, so wird es gut sein, wenn die Herren auf eine gewisse Zeit auseinandergehen. Man muß dem Präsidenten die Freiheit geben, eine Regierung zu ernennen und jene Arbeiten in die Wege zu leiten, die dann später die Regierung vor dem Sejm verantworten wird. Ich will nicht den Vorwurf hören, daß ich die begonnene Arbeit nicht bis zu Ende durchgeführt habe und die Peitsche nicht habe in den Straßen knallen lassen. Mein Programm hat das

Ziel, das Gaunertum zu verringern und der Redlichkeit den Weg zu bahnen.

Der Gewählte muß deshalb die Ehre höher stellen, als einige Groschen verdienen zu können. Ich werde mich nicht ändern, ich werde die Diebe an die Wand drücken. Ueberdenken Sie dies, meine Herren, und besprechen Sie dies noch untereinander.

*

Diese Rede Pilsudskis zeigt, daß sein Programm vor allem die Bekämpfung der Korruption in Polen ist. Wenn sein militärisches Unternehmen begeisterte Zustimmung und selbst aktive Unterstützung bei den Arbeitern und kleinen Leuten gefunden hat, so in erster Linie deswegen, weil das polnische Volk und die Minderheitsvölker seit Jahr und Tag die Korruption bei zivilen und militärischen Behörden immer höher steigen sahen, ohne daß Regierung und Parlament energisch genug dagegen vorgegangen wären. Die Spalten der polnischen Presse aller Sprachen, freilich nur der linksstehenden oder den Minderheitsvölkern dienenden, waren voll von Berichten und Anklagen über skandalöse Korruptionsfälle, und bis in die höchsten Stellen hinein ließen sich diese schmutzigen Fäden verfolgen. Pilsudski will nun der Korruptionshydra zu Leibe gehen. Leicht wird ihm die Arbeit nicht werden, denn die Beteiligten haben alles Interesse daran, zusammenzuhalten und ihre Entlarvung zu verhindern. Man darf nicht vergessen, daß Polen nicht weniger als vier Währungskatastrophen hintereinander erlebt hat.

Zuerst nach dem Abzug der Russen und nach den zwei russischen Revolutionen die vollkommene Entwertung des Rubels, der ja nicht zugleich mit den russischen Truppen aus dem Lande verschwand. Dann die Katastrophe des von den Deutschen und Oesterreichern eingeführten Okkupationsgeldes. Es folgte der Sturz der polnischen Mark in den tiefsten Abgrund und seit langer Zeit ist auch der neueingeführte, allerdings zu hoch stabilisierte Zloty immer stärkerer Entwertung anheimgefallen. Auf solch wankendem Valutaboden gedeihen Schiebertum und Korruption am besten.

Die Kampfparole Pilsudskis gegen die Korruption läßt aber deutlich erkennen, wie stark er und mit ihm seine Anhänger die Korruptionserscheinungen für das schwere Wirtschaftselend verantwortlich machen, unter dem Polen seit geraumer Zeit unsagbar leidet. Zur Erklärung dieser dauernden Wirtschaftskrise kann allerdings noch so schlimme Korruption nicht ausreichen. Sie hat ihre tieferen Ursachen in dem Mangel an Kapital, in der Landarmut der Kleinbauern, wie in der Zurückgebliebenheit des technischen Landwirtschaftsbetriebes und nicht zuletzt auch darin, daß die kongreßpolnische Industrie ihren alten und natürlichen Absatzmarkt, Rußland, verloren hat. Zweifellos aber werden die polnischen Staats- und Volksfinanzen auch schwer getroffen durch die ungeheuren Heeresausgaben, die nicht weniger als 40 Proz. der gesamten Staatsausgaben betragen. Und ob gerade Marschall Pilsudski geneigt sein wird, diese Ausgaben wirksam einzuschränken — das ist eine wichtige, aber erst von der Zukunft zu beantwortende Frage!

Aufhebung der Immunität Wulles.

Mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen. — Die Aufhebung der Immunität Kubes im Reichstag beantragt.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Landtages verhandelte heute vormittag über den bereits angekündigten Antrag des preußischen Justizministeriums, die Immunität des deutschvölkischen Abg. Wulle aufzuheben. Der Antrag des Justizministeriums ist auf Grund der Aussagen des Grütte-Lehder in der Schwurgerichtsverhandlung im Zusammenhang mit den Erörterungen im Femeuntersuchungsausschuß des Landtages gestellt worden, nach denen Grütte-Lehder den Auftrag zur Beseitigung des völkischen Spitzels Heinz Dammers alias Müller von dem Abg. Wulle bekommen haben soll. Dammers ist von Grütte-Lehder ermordet worden, weil er einen Plan zur Ermordung des Innenministers Genossen Severing verraten wollte.

Nach den Ausführungen des Berichterstatters **Ruschke** (Dem.) sind die Strafbehörden den Aufsehen erregenden Mitteilungen des Grütte-Lehder nachgegangen; sie haben insonderheit festgestellt, wie sich Grütte-Lehder seinen Gesinnungsgenossen gegenüber verhalten hat.

Danach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß auch aus den Aussagen der von Grütte-Lehder genannten Zeugen von Wulle der Auftrag gekommen ist, Dammers umzubringen und daß Wulle von den Vorbereitungen zur Ermordung Severings gewußt hat.

Das Justizministerium hat besonders Gewicht auf die Aeußerung Wulles gelegt, nach der er Grütte-Lehder überhaupt nur einmal und dabei nur ganz flüchtig gesprochen habe. Dieser Aussage stehen die Aussagen anderer Zeugen und die Bekundungen Grütte-Lehders selbst entgegen.

Der Berichterstatter bezog sich darauf, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei selbst gebeten habe, die Immunität aufzuheben. Sicher hätte jede Partei den dringenden Wunsch, führende Mitglieder ihrer Parlamentsfraktionen von so furchtbarem Verdacht zu reinigen. Allerdings sei der Wunsch einzelner Mitglieder oder Parteien, die Immunität aufzuheben, bisher niemals für den Ausschuß wie für das Plenum maßgebend gewesen.

Er wolle keine Definition des politischen Mordes geben. Nachdem aber von einer Behörde wie vom Justizministerium der Verdacht ausgesprochen ist, daß der Abgeordnete Wulle in dem einen Falle bei den Vorbereitungen zur Ermordung des Ministers Severing mitgewirkt habe, und im anderen Falle zur vollendeten Ermordung des Dammers Zustimmung und Auftrag gegeben hat, hätte das Parlament im Interesse seines eigenen Ansehens die Pflicht, die Aufklärung dieser mysteriösen Angelegenheit durch eine gerichtliche Untersuchung so schnell wie möglich klarzustellen. Das Parlament könne in diesem Falle nicht anders verfahren, wie in früheren Fällen, wo gegenüber kommunistischen Abgeordneten sogar noch weitergehende Maßnahmen ergriffen seien. **Er beantragte deshalb, die Aufhebung der Immunität des Abg. Wulle zu beschließen.**

Der Ausschuß trat dann in eine Erörterung der Frage ein, ob auch gleichzeitig mit der Aufhebung der Immunität die Genehmigung zur Verhaftung gegeben sei. Im Antrag des Justizministeriums ist davon nicht die Rede.

Nach Meinung des Ausschusses und auch des Vertreters des Justizministeriums wäre mit der Aufhebung der Immunität an sich noch nicht die Genehmigung zur Verhaftung beschlossen. Ein solcher Antrag müßte vom Justizministerium besonders gestellt werden.

Der mit beratender Stimme an der Sitzung teilnehmende völkische Abgeordnete **Körner** sprach seine prinzipielle Zustimmung zur Aufhebung der Immunität aus, da seine Partei den dringenden Wunsch hätte, gegen die „lügenhaften" Aussagen des Grütte-Lehder sich zu rechtfertigen. Immerhin müsse er aber Bedenken gelten lassen, da bisher weder Wulle noch Kube vor dem Untersuchungsausschuß Gelegenheit gehabt hätten, Grütte-Lehders Aussagen zu berichtigen. (Und das nach dem unverschämten Brief des Reichstagsabgeordneten Kube an den Ausschuß. — Anm. d. Red.) Es sei auch bisher noch kein Strafverfahren gegen Grütte-Lehder eingeleitet worden, der nach seiner eigenen Aussage Severing ermorden wollte. Im übrigen läge auch beim Reichstag noch kein Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abg. Kube vor.

Der Vertreter des Justizministeriums erklärte, daß ein Antrag auf Aufhebung der Immunität Kubes an den Reichstag zusammen mit dem Antrag an den Preußischen Landtag abgegangen sei.

Die Kommunisten gaben durch den Abg. **Pieck** eine schriftlich formulierte Erklärung ab, daß sie den Antrag auf Aufhebung der Immunität ablehnen! Die gerichtliche Untersuchung gegen Wulle sei doch nur eine Komödie. Sie hätten kein Vertrauen zu den Gerichten. In diesem Mißtrauen würden sie bestärkt durch den Wunsch der Völkischen auf Aufhebung der Immunität.

Den Ausführungen deutschnationaler und volksparteilicher Abgeordneten traten die Abg. **Rosenfeld** (Soz.) und **Heilmann** (Soz.) entgegen. Es sei nicht die Aufgabe des Ausschusses, darüber zu diskutieren, inwieweit Grütte-Lehder glaubwürdig sei oder nicht. Jedenfalls sei bis jetzt aber festgestellt, daß sich die Aussagen Grütte-Lehders als richtig und die Angaben Wulles als falsch herausgestellt haben.

Im übrigen gaben alle bürgerlichen Parteien die Erklärung ab, daß sie der Aufhebung der Immunität zustimmen. Demgemäß wurde mit allen gegen zwei Stimmen der Kommunisten die Aufhebung der Immunität des Abg. Wulle beschlossen.

Der Antrag des Geschäftsordnungsausschusses wird so schnell wie möglich an das Plenum des Hauses kommen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Haus dem Antrage des Geschäftsordnungsausschusses zustimmen wird.

Nochmals der Oberreichsanwalt.

Was sagt der Reichsrat?

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Das politische Temperament, das jederzeit bereit wäre, schon eine drohende Gefährdung des Volksstaats mit Leidenschaft zurückzuweisen, durchdringt bedauerlicherweise nicht alle republikanischen Schichten unseres Volkes. Der anfängliche Protest gegen die geplante Ernennung des neuen Oberreichsanwalts, eines durch den reaktionären Staatssekretär Joel vom Reichsjustizministerium ausgesuchten Beamten, beginnt in einem Teil der republikanischen Oeffentlichkeit schon leise nachzulassen. Man findet sich mit der scheinbar fast vollendeten Berufung des kommenden Mannes ab, als ob es sich um eine Sache von untergeordneter Bedeutung handelte.

In Wahrheit ist die Person eines neuen Oberreichsanwalts von überragender Bedeutung, zu einer Zeit, in der die preußische Polizei und Staatsregierung von ihrer Verantwortung für das Staatswohl gezwungen waren, in ein Wespennest von Staatsverschwörern mit fester Hand hineinzugreifen. Will man behaupten, daß die Fortführung der hieraus erwachsenen Untersuchung gerade bei einem sogenannten unpolitischen Fachmann in besten Händen sei? Will man uns glauben machen, daß die Ernennung eines wirklich republikanischen Oberreichsanwalts neuen Zündstoff an das innenpolitische Pulverfaß bringe? Wo bleibt die Einlösung der feierlichen Parlamentsbeschlüsse von 1922, daß die leitenden Stellen in Reich und Land nur unbedingt zuverlässigen Vertretern der republikanischen Verfassung zu übertragen sind?

Aber vermutlich wiederholt man das Märchen von der wunderbaren Naturerscheinung, daß die hochjuristische Befähigung links von der Volkspartei plötzlich abschneide, daß es den republikanischen Parteien an juristischen Fachmännern erster Ordnung gänzlich fehle. Das ist natürlich nicht ernst zu nehmen. Unter den aktiven und gewesenen Staatsanwälten der demokratischen Parteien mangelt es keineswegs an Männern, die es mit dem Joelschen Günstling an wissenschaftlichem Range und an Beamtenerfahrung überreichlich aufnehmen.

Möge der Reichsrat, der nach den gesetzlichen Bestimmungen (Gerichtsverfassung § 150, Uebergangsgesetz vom 4. März 1919, § 4 und Reichsverfassung Artikel 179 Absatz 1) vor der endgültigen Ernennung des neuen Oberreichsanwaltes noch ein gewichtiges Wort mitzusprechen hat, nach dem Rechten sehen.

Stahlhelm-Justiz.

Prozeß Stölzel in zweiter Auflage.

Braunschweig, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der braunschweigischen Justiz ist die Binde verrutscht. Sie schielt mit strafendem Blick nach links. Den Beweis dafür gab der Thiedemann-du-Roi- und der Stölzel-Prozeß. Im Prozeß des Oberstaatsanwalts du Roi gegen den „Volksfreund"-Redakteur Thiedemann wurde Thiedemann zu 500 M. Geldstrafe verurteilt, weil er von dem früheren Leiter der Landesstrafanstalt Wolfenbüttel, du Roi, behauptet hatte, daß er von allen Lebensmitteln, die das Anstaltsgut Halum hervorgebracht habe, während der Inflationszeit den Löwenanteil sehr billig gekauft habe. Der Wahrheitsbeweis wurde erbracht. Es ist durch die Beweisaufnahme festgestellt worden, daß du Roi Fleisch, Ferkel, Obst, Gerste usw. gekauft hat und zum Teil erst nach Monaten bezahlte. So hat er z. B. drei Zentner Gerste im Juni 1923 bezogen, die erste Rate Ende August 1923 und die zweite Rate Ende November 1923, als der Dollar 4 Millionen stand, bezahlt. Es ist auch festgestellt, daß er Anstaltsobst in seinen Privatkeller bringen ließ, ohne daß er das Obst bezahlte. Die Staatsanwaltschaft suchte die Schuld an diesen skandalösen Zuständen entweder bei der Kassenverwaltung, bei dem Wirtschaftsinspektor, bei dem Staatsministerium oder bei der Rechnungskammer, nur nicht bei dem Hauptverantwortlichen, dem Oberstaatsanwalt du Rai. Thiedemann wurde deshalb auch verurteilt.

Ganz anders geht die Staatsanwaltschaft im Prozeß gegen den sozialdemokratischen Landesschulrat Stölzel vor, dessen Verhandlung heute in zweiter Instanz begonnen hat. Die Staatsanwaltschaft hat diesen Prozeß großzügig vorbereitet. Sie hat monatelang zur Voruntersuchung gebraucht und schließlich Anklage erhoben, weil der Landesschulrat aus der Bibliothek des Landesschulamts einmal 6 und einmal 3 Schulbücher, die im Buchhandel nicht zu haben waren, für seine Kinder entliehen und erst nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst wieder zurückgegeben hat. Ihm wird ferner vorgeworfen, mehrmals das Diensttelephon zu Privatzwecken benutzt zu haben. So soll er einmal während der Inflationszeit beim Landestheater Braunschweig nach einem verloren gegangenen Schal gefragt haben, ohne die dafür fällige Gebühr, die damals den Bruchteil eines Pfennigs ausmachte, bezahlt zu haben. Ferner soll er die Freifahrkarte des Ministeriums zu einer Fahrt nach Berlin benutzt haben, ohne daß ein ausreichender Grund zu einer Reise vorgelegen hätte.

Das „Belastungs"-Material ist von mittleren Beamten zusammengetragen worden, die Stölzel jahrelang systematisch bespitzelten. In der ersten Instanz brachte z. B. ein Zeuge eine geheftete dicke Akte mit Notizen über den Landesschulrat mit in den Gerichtssaal. Ein anderer Zeuge hatte Nadelstiche in den Umschlag entliehener Bücher gemacht, um sie erkennen zu können. Als Verteidiger stehen Stölzel die Rechtsanwälte Eyck und Klee-Berlin zur Seite. Es werden 16 Zeugen vernommen. Die Vernehmung des Angeklagten wird allein mehrere Stunden in Anspruch nehmen.

Für Volksentscheid und Schwarzrotgold.

Eine Rede des Finanzministers Höpker-Aschoff.

Hagen, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff sprach am Sonnabend in einer demokratischen Versammlung über die allgemeine politische Lage. Luther sei an der Flaggenverordnung gescheitert, weil er als Nichtparlamentarier die tiefe Fühlung mit dem deutschen Volksleben verloren habe. Die Flaggenverordnung sei falsch gewesen. Die geplante neue Einheitsflagge der Reichsregierung betrachtet der Minister als unmöglich. Er sehe keinen Weg zu ihrer Durchführung. Die Preisgabe von Schwarzrotgold bedeute den Verlust starker moralischer Kräfte im Volke für den heutigen Staat. Große Teile des Volkes hingen mit Liebe und Innigkeit an dem heutigen Staat, das sei bei dem alten Staat nicht der Fall gewesen. Hinsichtlich der Fürstenabfindung schilderte der Minister das Bestreben der Demokratischen Partei, die Sache durch ein Kompromiß zu regeln. Er sei überzeugt, daß für das Volksentscheidgesetz Angehörige aller Parteien stimmen werden, auch ein Teil der deutschnationalen Wähler. Wenn der Volksentscheid durchkomme, werde eine staatspolitische Krise entstehen, da vielleicht Hindenburg das Gesetz nicht unterzeichnen wird und er lieber abdankt.

Ueber die preußische Polizeiaktion führt der Minister aus, daß die Polizei ihre Pflicht getan habe. Entrüstung darüber sei nicht angebracht. Wenn die Umsturzpläne in die Villen hoher Wirtschaftsführer hineinführten, so könnten die polizeilichen Haussuchungen an dieser Stelle nicht haltmachen. Die preußische Regierung mit ihrer Polizei werde den heutigen Staat vor Erschütterungen bewahren und verteidigen.

Der Vorsitzende der Demokratischen Partei Westfalen-Süd erklärte zum Volksentscheid, daß der Vorstand beschlossen habe, den Anhängern zu empfehlen, sich vom Volksentscheid nicht fernzuhalten, sondern sich in der Weise zu beteiligen, daß jeder seine Stimme abgibt nach eigenem Ermessen mit Ja oder Nein.

Keine neuen Reichswehrforderungen.

Ein Morgenblatt bringt in großer Aufmachung eine sensationelle Meldung über angebliche neue Millionenforderungen der Reichswehr. Wenige Wochen nach Erledigung des Etats soll die Reichswehr bereits wieder mit einer neuen Forderung von 26 Millionen jetzt an den Reichstag herangetreten sein. Die Meldung klang schon deshalb von vornherein unglaubwürdig, weil schon die letzten Forderungen der Reichswehr bei der Etatberatung nur mit großer Mühe und Not den Reichstag passiert haben. 9 Millionen wurden damals von den Forderungen für die Beschaffung von Kriegsgerät gestrichen. Wie wir feststellen können, ist im Reichstag von dieser neuen Forderung bei keiner Stelle etwas bekannt. Offenbar liegt dieser Meldung eine Verwechslung mit dem Nachtragsetat für das Jahr 1925 zugrunde, der mit gewissen Streichungen vor langer Zeit im Reichstag erledigt ist. Neue Forderungen der Reichswehr über die Bewilligungen des Etats 1926 hinaus würden bei der allgemeinen Stimmung gegen solche Forderungen auch nicht die geringste Aussicht auf Annahme haben.

Voruntersuchung gegen Claß und Genossen.

Was wird Hugenberg jetzt sagen?

Das Reichsgericht in Leipzig hat auf Antrag der Oberreichsanwaltschaft den Berliner Landgerichtsdirektor Neumann mit der Voruntersuchung gegen die Rechtsputschisten betraut, bei denen die Polizei unlängst durch Haussuchungen belastendes Material gefunden hat, das sie des versuchten Hochverrats verdächtig machte. Die Tatsache, daß das Reichsgericht und die Oberreichsanwaltschaft diese Maßnahme getroffen haben, ist ein Beweis dafür, daß das ihr zugeleitete Material nicht so harmlos ist, wie man es im Lager der Rechten hinstellen wollte.

*

Erst vor vier Tagen hatte Hugenberg, der „Rohrbrakener Freund" von Claß und Neumann, in einer frechen Rede darüber gehöhnt, daß die Justiz nichts gegen die von der preußischen Polizeiaktion Betroffenen unternommen hätte. Er zog daraus triumphierend den Schluß, daß man nicht das Geringste an belastendem Material gefunden hätte. Obwohl die Oberreichsanwaltschaft nicht gerade im Verdacht steht, daß sie gegen rechts mit fanatischem Eifer vorgeht, hat sie die „politischen Pikanterien", von denen „der Mann im Dunkel" sprach, für wichtig genug erachtet, um eine Voruntersuchung wegen versuchten Hochverrats einzuleiten. Dann wird sich hoffentlich herausstellen, inwieweit die Vorbereitungen zu jenem Rechtsputsch gediehen waren, als dessen geistiger Vorbereiter Herr Hugenberg durch das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei bezeichnet wurde.

Reichsrat, Flaggenfrage und Oberpräsident.

Eine Entscheidung des preußischen Staatsministeriums.

Auf eine Anfrage der Volkspartei über die Ausführungen des Oberpräsidenten Genossen Hörsing auf dem Nürnberger Reichsbannertag zur Flaggenverordnung hat Ministerpräsident Genosse Braun jetzt geantwortet, daß das preußische Ministerium bei der Rede die notwendige Zurückhaltung vermißt hat:

„Das Staatsministerium hat diese Außerachtlassung der gebotenen Zurückhaltung durch den Oberpräsidenten Hörsing auf das ernsteste gerügt und Vorsorge getroffen, daß Oberpräsident Hörsing in der Zukunft in der Erörterung politischer Angelegenheiten in der Oeffentlichkeit sich diejenige Zurückhaltung auferlegen wird, die sein Amt erfordert. Es hat sich, wie ich noch bemerken möchte, nicht zum wenigsten auf diese Maßnahmen beschränkt, weil der Gegenstand der Kritik des Oberpräsidenten immerhin das Zustandekommen einer Verordnung betraf, bei deren Erlaß auch nach der Ueberzeugung des Staatsministeriums und der zuständigen Organe anderer Länder durch Nichtbeachtung des Art. 67 der Reichsverfassung eine Verletzung des verfassungsmäßigen Rechts des Reichsrats auf Zuziehung bei der Beratung wichtiger Gegenstände vorgekommen ist, und weil Oberpräsident Hörsing, der Reichsratsbevollmächtigter für die Provinz Sachsen ist, sich in dieser Eigenschaft dadurch noch besonders betroffen gefühlt hat und fühlen konnte."

Bayerischer Hofbericht. Am Sonntag fand im „Odeon" in München eine Gedächtnisfeier für König Ludwig I. zum einhundertjährigen Tage seines Regierungsantritts statt. Dazu waren mit dem Kronprinzen Rupprecht zahlreiche Mitglieder des Hauses Wittelsbach, ferner der Ministerpräsident Dr. Held, der Innenminister Dr. Stützl und erster Bürgermeister Scharnagl erschienen. In den Ansprachen wurde die politische und künstlerische Wirksamkeit des Königs gewürdigt. Gesangliche und musikalische Darbietungen umrahmten die Feier.

Das gute Recht.

Von Ernst Thauro.

„Mach', daß du rauskommst, du Aas, du Saulump, du Sumpfbruder, verfluchtiger, so einen können wir nicht gebrauchen, der früh um neue schon wie'n Schwein besoffen ist. Sieh zu, wo du ein Obdach findest, wir wollen mit dir nichts mehr zu schaffen haben, das hat Seine Durchlaucht selbst gesagt. Wer nicht arbeitet, soll auch nischt zu fressen kriegen — und zu saufen nun erst recht nichts."

Also schimpfend, kräftig, groß und breitbeinig, stand der Inspektor unter dem stattlich hohen Torweg des Kronguts Uettersdorf und gab dem in der ganzen Gegend als Trinkbruder und Mädchenschreck bekannten Starkjohann noch einen tüchtigen Fußtritt, daß der auf seinen Beinen nicht sehr Sichere ein Stück die Landstraße entlang flog. Nach einigen vergeblichen Versuchen geradeaus zu gehen, fand Starkjohann am Grabenrand in wildwucherndem Schierling, Wiesenschaumkraut und blühenden Brennesseln ein einigermaßen komfortables Unterkommen. Dort lag er und stierte in die biegsamen Baumkronen des breitästigen Buchenwaldes.

„Die vornehme Geburt is schuld —" brabbelte er in das leisrauschende Blättergrün hinauf, „die macht einen von vorn herein zum Lumpen —! Wär' meine Mutter nich so dumm gewesen — was hat se eigentlich davon gehabt — was habe ich davon —? Nischt als das Saufen habe ich geerbt von meinem hochwohlgeborenen Herrn Vater — und Arbeitsscheu — garnicht zu überwinden — die habe ich geerbt. Und nu schmeißt mich sein Inspektor auf de Straße!" Starkjohann erhob die Stimme, fluchte, grölte, hub zu singen an — und sank zuletzt in tiefen Schlaf.

Von kundiger Hand gesteuert, in groß angelegter, mit glatter Sicherheit genommener Kurve kam ein Kraftwagen vom Krongut Uettersdorf die Landstraße herauf. Zwei Herren lehnten in den tiefen Ledersitzen, ließen sich vom Zigarettenhauch umspielen und atmeten die in dem Wagen heimische, von Juchtenlederduft und Kölnischwasser angenehm durchtränkte Atmosphäre. Der Aeltere von beiden — er hatte abstehende Ohren und nicht mehr viel Haare — war aber sonst von vorteilhaftem Aeußeren — reckte die mit Gold und großen Glanzsteinen geschmückte Hand in der Richtung nach dem Buchenwalde.

„Aeh ja — Baron, der Wald da — prachtvolles Revier! Die meisten Stämme mehr als hundertjährig — und Wildbestand — geradezu pyramidal — und der Karpfenteich dahinter — aus den Erträgnissen hat mein Herr Großvater zwei Nebenfrauen mit Kind und Kegel gut versorgen können. Nebenbei gesagt — er war darin allzu gewissenhaft. Jetzt macht man so was billiger. Aeh ja — den Wald da muß der Staat mir schwer bezahlen, wenn er mir'n durchaus nicht lassen will. Vielleicht läßt sich da auch was anderes arrangieren — denken Sie mal nach — Sie haben doch nicht umsonst Jura studiert — ich dächte mir das so ganz nett — der Wald verpachtet — jährliche Gratislieferung an mich — Holz, Wild und Fisch en gros — ich werde das schon unterbringen. Jedenfalls — blechen muß der Miststaat —! Die sollen sich nichts einbilden! — Enteignung — hat sich was. Laßt sie ruhig schimpfen — laßt sie brüllen — sie setzen's doch nicht durch. Raubritterzeiten — eh — die sind vorüber. Raub ist verboten durch's Gesetz."

Der Baron lachte. „Durchlaucht — das Gesetz wollen wir doch ruhig beiseite lassen —"

„Wieso? Was wollen Sie damit sagen?" Der Fürst warf sein Genick nach hinten und hob die Adlernase in die Luft. Er sprach, nachdrücklich und näselnd, jedes Wort betonend:

„Durch acht Generationen sitzt meine Familie hier auf diesem Grund und Boden — seit vierhundert Jahren haben meine Vorfahren — Gott hab' sie selig — Gold daraus gezogen — haben davon gelebt — von — erstklassig — standesgemäß — das ist historisch einwandfrei bewiesen. Ich habe alles das rechtmäßig geerbt. Also — bezahlt muß mir die Chose werden — darauf bestehe ich — das ist mein gutes Recht."

Der Wagen machte plötzlich eine Seitendrehung, geriet ins Schwanken, schütterte in allen Fugen — gewann aber das Gleichgewicht zurück und fuhr stracks weiter, als wäre nichts geschehen. Der Baron beugte sich über den Sitz zum Führer.

„Zum Donnerwetter — was war denn da los?"

„So'n Kerl lag quer über der Straße. Um ein Haar war er geliefert und wir mit."

„Wo die besoffenen Leute alle herkommen —" sagte der Fürst und streckte die bei dem Ruck unter den Sitz gezogenen Beine behaglich wieder aus.

Starkjohann sah dem dahinschwindenden Auto nach. Er zog seine Glieder näher an sich, rutschte tiefer in die Schierlingsstauden und machte seinem Aerger Luft:

„Rich' mal in Ruhe schlafen lassen se einen. Rich' mal auf der Straße is man ungeschoren. Das' werd ich ihm aber ooch sagen — dem hohen Herrn — der mir vor Zeiten mal in de Welt geholfen hat. Ich will nich' rausgeschmissen werden — ich will nich' überfahren werden, — ich will ooch een Auto haben — und een Schloß — und schöne Weiber — und — Wein — een ganzen Keller voll — und Schnaps Schnaps — ganze hunderttausend Flaschen. Das kann ich verlangen — das is mein gutes Recht."

Eine Frau in weißem Haar mit fadenscheinigem, geflicktem Rock trat an den Graben, zwang ihre Beine zu einem mutigen Schritt hinüber und fing an, unter den Buchen kleine trockene Zweige aufzulesen. Mitunter blieb sie stehen und faßte ächzend nach dem Rücken.

„Du — laß' das sein — das is verboten," rief Starkjohann hinüber.

„I, wer verbietet's denn?"

„Der Wald gehört dem ehemaligen Landesvater."

„Der ganze Wald — nu ja — da wird er mir doch wohl 'n bißchen Reisig gönnen."

„Weißt du, wieviel er haben will, wenn er den Wald hier stehen läßt?"

Das alte Weibchen lachte. „Nu, in'n Koffer packen kann er'n ja doch nich."

„Anderthalb Millionen will er dafür haben — und für das Krongut will er dreieinhalb Millionen."

Die alte Frau stand still. Ihre müden Augen waren groß und scharf geworden. „Und wer soll ihm das denn geben?"

„Wir beide — du und ich."

„Du bist verrückt!" sagte die Alte.

„Das Volk soll es ihm geben. Er hat es doch so sehr geliebt, das Volk. Meine Mutter weiß davon zu sagen. Sein Volk! Dazu gehörst du auch."

Die Alte reckte sich, all ihre Glieder wuchsen. Unter den Buchen stand sie groß und stolz, als sei sie selber so ein hundertjähriger Baumstamm.

„Ich bin nie „sein" gewesen."

Verdutzt sah Starkjohann zu ihr hinüber. Und plötzlich lachte er. Bitter, scharf, von heimlicher Qual geschüttelt. „Dann warst du klüger — als so manche andere. Aber zu seinem Volk gehörst du doch. Und darum sollst du arbeiten — arbeiten, bis du verreckst — und zahlen — damit der Fürst sich's wohl sein lassen kann. Alle, die darben und sich quälen und den Pfennig zehnmal umdrehen müssen — alle sollen zahlen — damit der hohe Herr seine Millionen kriegt. Was willst du? Das ist sein gutes Recht."

Die Alte stand noch immer steif zwischen den Stämmen. „Einundsiebzig bin ich — hab' gearbeitet mein ganzes Leben — hab' fünf Kinder großgezogen — drei wieder verloren — drei Söhne — im Krieg — —"

„Na laß man," brummte Starkjohann. Es zog sich was in ihm zusammen.

„Nu geh' ich nur am Vormittag noch arbeiten — zu mehr langen die Kräfte nich. En neuen Rock kann ich mir nich kaufen — der alte is so dünn — mich friert. Ich möcht' mir gern heut abend mal 'ne warme Suppe kochen. — Und wenn ich hier das bißchen Holz dafür zusammenlese — wenn auch der Wald dem großen Herrn gehört — was meinst du — das is doch wohl mein gutes Recht."

„Wer weiß, was recht is," sagte Starkjohann und starrte vor sich in den Graben.

Operngäste. Piccaver sollte den Cavaradossi singen. Er scheint zu den Solisten zu gehören, die zu Beginn der Saison ihre Indispositionen treffen. Er sagte — zum wievielten Male? — ab. Für ihn sprang der Wiener Traian Grosavescu ein. Ein echter, klangvoller, herber, männlicher Heldentenor. Sein Spiel müßte nur an Ausdruck gewinnen, Schwerfälligkeit einbüßen. Seine Partnerin Salvatini ist immer noch und immer wieder die glutvollste Tosca. Wenn sie, das geflüsterte Liebeswort „Mario" auf den Lippen, ihre grausame Tat begeht, wenn sie heiser ihr „stirb!" schreit, so ist das ein ganz stark erlebter, menschlich packender Augenblick im Spiel einer Theaterfigur. Michael Bohnen enttäuschte (bei Kroll). Man verstand ihn einen Akt lang nicht, er schien die Rolle des Scarpia als Bagatelle zu betrachten. Im zweiten Akt lebte er auf, um zu sterben. Das Gesicht eines Habichts, die ruhige Haltung eines Tyrannen, der sein Opfer peinigen darf nach Gutdünken, ein Blutsäufer, der nur lächelt, wenn er foltern kann. Er würde sicher Tosca in der Umarmung erdrosseln. Diese Starre, Sicherheit, Ruhe ist zwingend. Weniger die Bewegung, noch weniger die Stimme, die zwischen Flüstern und Schrei kaum Differenzierungen schafft. War es die Hitze, war es die Akustik, daß auch Blech keinen großen Eindruck vermittelte? Er schien müder als je.

In der Städtischen Oper konnte Josef Schwarz auch als Valentin (in „Faust") über die Gebrechen seiner Stimme nicht mehr täuschen. Grete Stückgold dagegen brillierte als Gretchen, und Kipnis stellte einen Mephisto von elementarer Kraft, Bosheit, Schwärze auf die Bühne. Das ist ein zukünftiger Bohnen, so wie der große Michael vor 5 bis 10 Jahren gewesen ist. K. S.

Der Fall Cumberland.

Eine Fürstenabfindung und wie sie zustande kam.

Die Vermögensauseinandersetzung mit dem ehemals regierenden Herzog von Braunschweig Ernst August von Cumberland ist am 23. Oktober 1925 mit knappester Mehrheit erfolgt. Die Rechtsparteien stimmten einem Vergleich zu, der das Land Braunschweig auf das schwerste schädigte. Hätte der einzige Nationalsozialist des Landtages in Braunschweig, der Zeichenlehrer Riese aus Helmstedt, gegen den Vergleich gestimmt, wie das seine Parteifreunde von ihm verlangten, so wäre der Vergleich abgelehnt gewesen. Da der Nationalsozialist Riese aber mit den Rechtsparteien stimmte, wurde der von der schwarzweißroten Landesregierung vorgeschlagene Vergleich angenommen. Durch ihn wurde das Land Braunschweig allein um über 52000 Morgen (das sind über 13 000 Hektar) besten braunschweigischen Bodens geschädigt. Dazu gingen das Landesmuseum in Braunschweig und die Landesbibliothek in Wolfenbüttel, in der schon Gotthold Ephraim Lessing als Bibliothekar wirkte, an eine milde Stiftung über. Mehrere Schlösser und vier Domänen wurden Eigentum des ehemaligen Herzogs von Braunschweig, dessen Familie während der Bismarckschen Regierungstätigkeit niemals versucht hatte, vom Lande Braunschweig oder von Preußen eine Auseinandersetzung zu verlangen.

Das Interessanteste und zugleich Erschütternde ist aber an dem Zustandekommen dieses Vergleichs, daß der Welfenführer, der jetzige Reichstagsabgeordnete und Führer der Wirtschaftsgruppe des Reichstages, Senatspräsident Hampe aus Braunschweig, an die Hofverwaltung in Gmunden einige Tage vor dem Abschluß des Vergleichs ein Telegramm richtete, in dem die Hofverwaltung in Gmunden aufgefordert wird, diesen Nationalsozialisten Riese umzustimmen und ihn durch eine Tafeleinladung gefügig zu machen. Das Telegramm, das der „Wiener Arbeiterzeitung" von österreichischen Parteifreunden zur Verfügung gestellt und am Sonnabend — wie uns telegraphisch berichtet wird — im Wortlaut veröffentlicht wurde, lautet:

„Hofverwaltung Braunschweig, Gmunden.

Riese wird baldigst dort eintreffen. Landtagsfraktion bittet durch mich, ihn freundlichst zu empfangen, unter Vorteile fürs Land zu belehren, nicht kalte Schulter zeigen, vielleicht sogar Tafeleinladung, sonst Ablehnung wahrscheinlich und Rücktritt dann sicher. Hampe."

Der Zweck des Telegramms wurde erreicht, indem Riese gegen den Willen seiner Partei für den Vergleich stimmte und so gleichzeitig die Regierung stützte. Den Schaden trägt das braunschweigische Volk. Riese wurde inzwischen aus seiner Partei ausgeschlossen. Er ist aber immer noch Mitglied des Landtags, sein Verhalten zeigt, wie notwendig und berechtigt bei den Beratungen im Rechtsausschuß des Reichstages die Forderung der Sozialdemokratie nach Rückwirkung des geplanten, vorläufig aber erledigten bürgerlichen Abfindungsentwurfes war. Abgesehen davon liefert der Fall Riese, der zugleich ein Fall Hampe ist, ein neues Beispiel dafür, auf welche trügerische Art die Fürstenfreunde den „angestammten Herrscherhäusern" für alle Ewigkeit ein Leben voller Freude und Wonne zu sichern gedenken.

Mißbilligung in Schweden.

Stockholm, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Hauptausschuß des schwedischen Reichstags wurde am Sonnabend der bürgerliche Antrag, der die Haltung der sozialistischen Regierung im Stripakonflikt mißbilligt, mit allen bürgerlichen gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

Seit einiger Zeit schon wurde die sozialistische Regierung Sandler, die eine parlamentarische Mehrheit nur mit dem linken Flügel der Liberalen, den „Volksfreisinnigen", besitzt, in der Presse dieser Partei scharf angegriffen; sie sieht sich vor Anträgen im Parlament, die eine ihrer Regierungshandlungen rückgängig machen sollen.

Es handelt sich um die Auslegung des Arbeitslosengesetzes vom Jahre 1922. In diesem Gesetz wird bestimmt, daß einem Betrieb, der „allgemein" bestreikt wird, keine Arbeitslosen zur Arbeit zuzuweisen sind bzw. keinem Arbeitslosen die Unterstützung entzogen werden darf, „wenn er sich weigert, Arbeit in einem so bestreikten Betriebe anzunehmen. Diese Bestimmung ist aktuell geworden

durch einen wilden Streik in der Grube Stripa.

Die „Arbeitslosigkeitskommission", der die Ausführung des Arbeitslosen- und Arbeitsanweisungsgesetzes obliegt, verfügte, daß der Stripagrube Arbeitslose zuzuweisen wären, da es sich nicht um einen „allgemeinen" Streik handle. Der sozialistische Arbeitsminister aber ordnete als übergeordnete Instanz der Arbeitslosigkeitskommission an, daß Stripa Arbeitslose nicht annehmen dürfe. Diese Auslegung hat die bürgerlichen Parteien zu ihrem Sturmlauf gegen die sozialistische Regierung veranlaßt und dazu geführt, daß von bürgerlicher Seite Abänderungsanträge zu dem Gesetz von 1922 gestellt worden sind, die das Auftreten der Regierung im Stripakonflikt verurteilen und inhibieren. Der schwedische Reichstag ist noch versammelt und wird wahrscheinlich in der kommenden Woche diese Angelegenheit behandeln.

Beharren die Linksliberalen auf ihrer Mißbilligung gegen den Arbeitsminister und damit des Kabinetts, das sich mit ihm solidarisch erklärt hat, dann wird die Regierung wahrscheinlich zurücktreten. Sie ist übrigens schon verschiedene Male in der letzten Zeit mit ihren Anträgen in der Minderheit geblieben. So hat z. B. der Reichstag einen Regierungsantrag, 500 000 Kronen Staatszuschuß für die Schützenkorps zu streichen, abgelehnt, ohne daß das Kabinett deshalb das Feld räumte. Dagegen sind auch die früheren sozialistischen Kabinette Schwedens, damals unter der Führung Brantings, zurückgetreten, wenn sie ihre Ansichten in der Arbeitslosenfrage nicht durchsetzen konnten und der Stockholmer „Socialdemokraten" läßt keinen Zweifel daran, daß auch diesmal das sozialistische Kabinett eine Desavouierung in der Anwendung des Arbeitslosengesetzes als Mißtrauensvotum ansehen würde.

Es stärkt die Position der Bürgerlichen, daß es sich in der Stripagrube um einen Streik gegen den Willen der zuständigen Gewerkschaft handelt, anderseits läßt der Wortlaut des Gesetzes die Auslegung des Arbeitsministers zu. Schließlich ist aber die Stripaangelegenheit zum mindesten für die Rechte nur ein Anlaß, das verhaßte sozialdemokratische Regime zu beseitigen, während die Liberalen ihren Wählern zeigen wollen, daß sie „Ordnungsliebhaber" sind. Die nächste Woche wird darüber entscheiden, ob sich ein Kompromiß mit der bürgerlichen Linken noch erzielen läßt oder ob diese sich schon völlig von der Rechten hat in das Schlepptau nehmen lassen.

Im Befinden des Reichstagspräsidenten Genossen Löbe ist weiter eine erhebliche Besserung eingetreten. Fieber und Schmerzen sind geschwunden. Der Patient wird bereits morgen zeitweise das Bett verlassen und voraussichtlich in der nächsten Woche seine Tätigkeit wieder aufnehmen.

Der energische eiserne Vorhang.

Im Lessing-Theater gab es gestern mittag aus Anlaß des schönen Berliner Maiensonntags ein interessantes Erlebnis. Ein bis weit in die Lande unbekannter Herr Salm hatte die Presse mit der Mitteilung beunruhigt, daß am Sonntag, 30. Mai, die deutsche Uraufführung der Groteske von Henri Sonmagne, dessen „Typ Tailor Tiller" stattfinden würde. Die eingangs gegebene Charakterisierung des Theatervormittags bezieht sich nun keineswegs auf das Stück. Die Komödie an sich hat sich weder als interessant oder grotesk noch als Erlebnis erwiesen. Die Wahrheit zu gestehen: über „Typ Tailor Tiller" kann man überhaupt nichts aussagen. Es wurde nämlich die Groteske gar nicht aufgeführt, sondern es spielten sich andere sensationelle und in der Tat denkwürdige Vorgänge ab.

Die Aufführung sollte um 11,30 Uhr beginnen. Um 12,10 Uhr stellten Zuspätkommende mit Genugtuung fest, daß der eiserne Vorhang noch nicht beiseite gerollt war. Als er um 12,20 Uhr seine Position immer noch unerschütterlich beibehielt, sprang beflügelten Schrittes ein junger Mann auf die Rampe und hielt die inhaltsschwere Ansprache: „Herr Salm bittet mich, mitzuteilen, daß die Matinee nicht stattfindet. Ueber die Gründe wird er die Presse zu gegebener Zeit unterrichten." Diese Eröffnung empfanden die Anwesenden begreiflicherweise als lückenhaft. Da man gerade zugegen war, hielt man diesen Augenblick für die gegebene Zeit,

Alle denkenden Arbeiter, Angestellten und Beamten werben im Betrieb und im Hause für die Liste: Schulaufbau!

Erklärungen entgegenzunehmen. Da erhob aus einer Loge der Theaterrendant grollend seine Stimme: „Das Stück wird nicht aufgeführt, weil Herr Salm nicht bezahlt hat und die Bühnenarbeiter sich weigern, den eisernen Vorhang beiseite zu schieben." Und dann mischte sich eine Schauspielerin ein. Die Darsteller hätten auch keinen Pfennig bekommen, im Gegenteil, sie hätten dem Herrn Salm noch Geld geborgt.

Im folgenden Akt (An der Kasse) ging es sehr aufgeregt zu. Es waren im ganzen 40 Mark eingekommen und die mußten zurückgegeben werden, was sich nicht ohne Schwierigkeiten abwickelte. Z. B.: Einer zeigt seine Karten vor. Kassiererin: „Von wem haben Sie die Karten gekauft?" Der Mann: „Von Herrn Salm." Kassiererin: „Dann lassen Sie sich das Geld von Herrn Salm zurückgeben."

Als Herr Salm die Matinee ankündigte, befand er sich in derselben Lage wie die Wetterkundigen, die ihre trügerischen Prophezeiungen nach bestem Wissen und Gewissen veröffentlichen. Den guten Glauben kann man dem Veranstalter der originellen Matinee nicht absprechen. Am Sonntag früh ahnte Herr Salm wohl noch nicht, daß ihm seine Mama die fehlenden Moneten nicht vorstrecken, und daß er am Sonntagmittag nicht den Regisseur, sondern eine klägliche Rolle spielen würde.

Schweres Automobilunglück in Lichtenrade.

Vier Personen schwer, zwei leichter verletzt.

Ein folgenschweres Automobilunglück ereignete sich heute morgen gegen ½7 Uhr auf der Lichtenrader Chaussee in unmittelbarer Nähe der Raabestraße. Der Fuhrunternehmer Otto Ludwig aus der Grunewaldstraße 88 in Schöneberg war mit mehreren Personen auf seinem Lastkraftwagen unterwegs. An der Kreuzung Raabestraße geriet der Lastkraftwagen auf bisher noch nicht geklärte Ursache ins Schleudern, prallte gegen einen Chausseebaum und stürzte in den Chausseegraben. Sechs Personen, die sich auf dem Wagen befanden, wurden unter den Trümmern begraben. Vorüberkommende unternahmen die ersten Hilfversuche und benachrichtigten gleichzeitig das Rettungsamt und die Feuerwehr. Der Besitzer sowie dessen Bruder Max aus der Michaelkirchstraße 33 erlitten schwere Kopfverletzungen, Arm- und Beinbrüche. Die Ehefrau Margarete Klaunick aus der Grunewaldstraße 88 sowie der Führer des Wagens, Friedrich Hartmann aus der Strelitzer Straße 11 in Mariendorf erlitten gleichfalls schwere Kopf- und innere Verletzungen. Hartmann wurde in bedenklichem Zustand in das Lankwitzer Krankenhaus, die übrigen schwerverletzt in das Buckower Krankenhaus eingeliefert. Eine Frau Anna Ludwig sowie eine 14jährige Erika Klaunick zogen sich stark blutende Fleischwunden zu, konnten jedoch nach Anlegung von Notverbänden auf der nächsten Rettungsstelle in ihre Wohnungen entlassen werden. Der Lastkraftwagen mußte in zertrümmertem Zustand abgeschleppt werden.

Ein Automobilunglück, das leicht schlimme Folgen hätte nach sich ziehen können, ereignete sich gestern abend gegen 7 Uhr in Niederlehme. Ein mit etwa sechs Personen besetztes Auto kam aus der Richtung Ziegenhals durch Niederlehme gerast. Die Gesellschaft hatte in einer Wirtschaft schnell noch ein paar Schoppen getrunken und raste in voller Fahrt wieder zurück nach Ziegenhals. Der Lenker des Wagens muß offenbar sinnlos betrunken gewesen sein. Der Wagen steuerte von einer Straßenseite zur anderen, und alle Passanten mußten schleunigst flüchten. Kurz hinter dem Hause des Gemeindevorstehers flog plötzlich einer der Insassen im hohen Bogen auf die Chaussee und dem Wagen, der sehr nahe an die Chausseebäume geraten war, wurde die Tür und ein Teil des Verdecks abgerissen. In unverminderter Fahrt und ohne Rücksicht auf den Hinausgeflogenen raste das Auto weiter über die verhältnismäßig stark belebte Chaussee. Der Hinausgeschleuderte wurde auf das Gehöft des Gemeindevorstehers gebracht, wo der hinzugezogene Arzt einen zweimaligen Bruch des linken Beines und einen Bruch des Oberarms feststellte. Ein Landjäger nahm die Verfolgung des Autos, dessen Besitzer in Ziegenhals wohnen soll, auf. Der Schwerverletzte wurde besinnungslos in das Königswusterhausener Krankenhaus geschafft.

Ausstellung von Amateurphotographien.

Der Verband Deutscher Amateurphotographen-Vereine, Gau Brandenburg, veranstaltet vom 30. Mai bis 6. Juni im Lessing-Museum, Brüderstr. 13, eine Ausstellung potographischer Arbeiten. Bereits im Jahre 1922 schlossen sich die Berliner und Märkischen Amateurphotographen-Vereine zu einem Unterverband, dem Gau Brandenburg, zum Zwecke der Verbreitung und Anerkennung der Amateurphotographie zusammen. Durch die Inflationsjahre wurden ihre idealen Bestrebungen stark unterdrückt und erst nach der „Kipho" im Herbst 1925 trat der Gau Brandenburg zum erstenmal an die Oeffentlichkeit. Inzwischen hat die Amateurphotographie weitere bedeutende Fortschritte gemacht und die Frühjahrs-Ausstellung zeigt allerlei Neues auf dem Gebiete der bildmäßigen Photographie, Aufnahmen aus der Naturwissenschaft, der photographischen Technik usw. Interessant sind bisher nicht gezeigte Aufnahmen rhythmischer Gymnastik, dann Beobachtungen aus dem Liebesleben der Fische und anderer naturwissenschaftlicher Momente. Der Besuch der Ausstellung ist für den Fachmann wie für den Laien von großem Interesse.

Sonntagverkehrsnöte.

Auf den überfüllten Stadtbahnzügen prangt an einem der letzten Wagenfenster das Schild: „Für Reisende mit Traglasten." Wenn man nun unglücklicherweise in dieses Abteil zwischen Kinderwagen und Rucksäcke hereingedrängt und als Stiefelabputzer benutzt wird, fragt man sich unwillkürlich, mit welchem Recht dieses Abteil für Reisende mit Traglasten reserviert ist, wenn der Raum nicht im geringsten dazu für Gepäck wie bei den Fernzügen in diesen Abteilungen eingerichtet und nicht verschieden ist von den übrigen Abteilungen. Mit dem Schilde allein ist es nicht getan und die Kleidung wird von lehmigen Wagenrädern und Kinderstiefelabsätzen ebenfalls nicht besser. Noch unerträglicher ist an Sonntagen beim überfüllten Verkehr in der Untergrundbahn die in den Wagen trotz aller Luftöffnungen herrschenden Hitze. Wäre es nicht möglich, daß der abfertigende Beamte der verschiedenen Stationen genau so wie er jede einzelne Türe schließt, zur lindernden Wohltat den einzelnen Wagen einen „Schuß" Sauerstoff spendete? Sicherlich keine erhebliche Ausgabe in den paar Stunden des sonntäglichen Vollverkehrs. Eine Vorsichtsmaßregel, die dringend erforderlich ist, um Hitzschläge zu vermeiden.

Eine großdeutsche Kundgebung.

Der Deutsch-Oesterreichische Volksbund, der in der Funkhalle zurzeit die Alpenländische Sommerschau veranstaltet, und das Reichsbanner versammelten gestern ihre Anhänger zu einer großdeutschen Kundgebung. Gegen 3 Uhr rückten die langen Züge des Reichsbanners mit Musik und Fahnen, von dichten Menschenmassen begleitet und überall stürmisch begrüßt, vor der Halle an. Der große Raum war bald gefüllt. Nach dem Spiel des Reichsbannermarsches rezitierte Alfred Beierle Herweghs „Hoch die Republik". Dann bestieg, von stürmischem Beifall begrüßt, Reichskanzler a. D. Philipp Scheidemann die Rednertribüne: Alle Historiker, die sich je mit deutscher Geschichte beschäftigt haben, von Tacitus bis Maurenbrecher,, haben nicht nur über die deutsche Tapferkeit, sondern auch über die Zwiertracht innerhalb der deutschen Stämme geschrieben. Maurenbrecher hat am drastischsten herausgearbeitet, daß diese Zwietracht auch heute noch auf die Eifersüchteleien und die Herrschsucht der deutschen Fürsten zurückzuführen ist, für die wir sie jetzt belohnen sollen. Das mangelnde deutsche Nationalbewußtsein ist das Ergebnis dynastischer Interessen gewesen. 1848 machte die deutsche Demokratie den Versuch, Großdeutschland zu schaffen. Die Reaktion durchschlug diese Pläne 1866. In diesen Wochen waren es 60 Jahre, daß noch deutsche Stämme gegen deutsche Stämme kämpften. Preußen kämpfte gegen Oesterreich, Hannover gegen Kurhessen. Die Diktate von Versailles und St. Germain wollen uns hindern, den Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreichs herbeizuführen. Unsere Gegner täuschen sich. Granaten zerreißen Felder und Wälder, Dörfer, Städte und ganze Provinzen, unzerreißbar aber ist das Band, das alle deutschen Stämme umschließt. Wir haben ein Recht, darauf zu bestehen, daß deutsch bleibt, was deutsch ist, denn wir waren es, die auch im Kriege verkündeten, was französisch ist, soll französisch, was belgisch ist, soll belgisch bleiben. Wir werden unser Ziel erreichen, wenn wir fest bleiben: ein großes Vaterland des deutschen Volkes, das geeint in seinen Stämmen unter einem einheitlichen Banner der Welt verkünden will: Einheit, Friede, Freiheit! Ein Banner: Schwarzrotgold! — Im Namen des Oesterreichischen Deutschen Volksbundes sprach das Vorstandsmitglied Wilhelm Heile dem Reichsbanner den Dank für seine begeisterte Beteiligung an der Anschlußkundgebung aus. In Vertretung des von Berlin abwesenden Oberbürgermeisters Böß überbrachte Bürgermeister Mielitz die Grüße der Stadt Berlin. Er führte aus, daß gerade die Bürgerschaft Berlins in seiner Mehrheit freiheitlich und republikanisch gesinnt sei und an der Anschlußbewegung lebhaften Anteil nehme.

Als Vertreter des Gauvorstandes wies Redakteur Nowack auf die bisher geleistete großdeutsche Arbeit des Berliner Reichsbaners hin, auf den Besuch österreichischer Kameraden in Berlin und die bevorstehende Reise Tausender Berliner Reichsbannerkameraten zur großen Kundgebung nach Wien. Nach einem Hoch auf die großdeutschen Farben Schwarz-Rot-Gold und die deutsche Republik schloß die eindrucksvolle Feier mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes.

Ein Rausch und seine Folgen.

Daß nicht jeder Berauschte sich zum Fleddern eignet, mußte ein „Gelegenheitsarbeiter" am Sonnabendabend zu seinem Leidwesen erfahren. Ein Kaufmann I aus der Dunckerstraße kehrte leicht angeheitert nach Hause, schloß aber sorgsam hinter sich die Haustür ab. Auf der Treppe fiel ihm ein, daß er schwiegermütterlichen Besuch habe und daß ihm wohl ein „warmer" Empfang bevorstehe. Als vorsichtiger Mann wagte er sich daher erst nicht in die Höhle der Löwin, sondern beschloß, auf dem Treppenabsatz vor seiner Wohnungstür lieber einige Grade seines Rausches zu verschlafen. Er hatte gerade ein kleines Nickerchen hinter sich, als er eine fremde Hand in seiner Brusttasche fühlte. Jäh ermuntert und ernüchert, griff er zu, faßte aber ins Leere. Im Schein einer Taschenlampe sah er zwei fremde Männer und in der Hand des einen ein Messer. Als die beiden sahen, daß der Angefallene vor Schreck nüchtern geworden war, rannte der eine die Treppe hinunter, während der zweite nach dem oberen Stockwerk flüchtete. Jetzt kam I der Besuch seiner Schwiegermutter recht gelegen. Mit den Fäusten schlug er einen Trommelwirbel gegen die Tür. Das ermunterte nicht nur die Dame, sondern auch die anderen Bewohner. Gemeinsam ergriff man den Einbrecher und Dieb und übergab ihn der Polizei, nachdem man ihm eine gehörige Tracht Prügel verabreicht hatte. Auf der Wache wurde der Ergriffene als ein 31 Jahre alter Franz B. festgestellt, der schon mancherlei auf dem Kerbholz hat.

Die ersten Werder-Kirschen in Berlin. Heute früh wurden in Werder die ersten Kirschen nach Berlin verladen. Es handelt sich um „Die frühesten der Mark". Das Pfund wurde in Berlin mit 60 bis 70 Pf. verkauft. Am Donnerstag soll der erste Kirschdampfer eintreffen. Vorläufig geht der Transport noch per Bahn.

„Der Barbier von Sevilla" auf der Sendebühne. Das bühnenwirksamste Werk Rossinis, der in einem halben Menschenleben soviel Opern komponierte, wie andere Musiker kaum in ihrem ganzen Leben, hat sich nun auch auf der Berliner Sendebühne bewährt. Die anmutige, unkomplizierte Musik und der leicht verständliche Text machen das Werk schon von vornherein für die Verbreitung durch den Rundfunk geeignet; die ausgezeichnete Wiedergabe aber durch Darsteller und Musiker schmeichelte es gewiß in die Herzen aller Hörer. Selmar Meyrowitz mit dem Funkorchester, dazu die Darsteller Eugen Transky, Cornelis Bronsgeest, Bernhard Köhler, Erich Schubert, der für den erkrankten Leo Schützendorf den Basilio vortrefflich sang, sind zu rühmen. Violetta Schadows schöne Stimme ließ leider etwas die Leichtigkeit vermissen, die die Rolle der Rosina verlangt. Auch das gesprochene Wort klang bei ihr bisweilen fast leblos. Man hätte an Indispposition glauben können, wenn nicht das Rein-Gesanglich so gar keinen Grund für diese Annahme gegeben hätte. Hätte hier nicht also die Regie noch etwas ausgleichen können?

Schweres Bootsunglück auf dem Rhein.

Sechs Personen ertrunken.

Duisburg, 30. Mai. (TU.) Ein mit 15 Personen besetztes Ruderboot des Marinevereins Hamborn geriet am Sonntag nachmittag auf dem Rhein unter einen Schleppzug. Das Boot kenterte und sämtliche Insassen stürzten ins Wasser. Den Rettungsarbeiten der Mannschaft des Schleppzuges gelang es, neun Personen zu retten, während die übrigen sechs, unter denen sich zwei Damen befanden, ertranken.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

38. Abt. Wichtige Funktionärsitzung am Dienstag, den 1. Juni, abends 7½ Uhr bei Bartsch, Friedenstr. 88. Sämtliche Obleute der Schulen müssen vertreten sein.

Jungsozialisten. Gruppe Reinickendorf. Heute Montag, abends 8 Uhr im Seebad, Reinickendorf-Ost, Auguste-Str. 49, Vortrag des Genossen Schulz.

Gewerkschaftsbewegung

Verschlechterung des Knappschaftsgesetzes.

Nach den Wünschen der Zechenbesitzer.

Die Ergebnisse der dritten Lesung des Reichsknappschaftsgesetzes im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags, die gegenüber der ersten und zweiten Lesung eine wesentliche Verschlechterung brachten, haben bei den im AfA-Bund organisierten Angestellten des Bergbaues starkes Befremden hervorgerufen. In einer Tagung der Angestelltenältesten der Ruhr- und Niederrheinischen Knappschaft in Essen, kam die Unzufriedenheit der Bergbauangestelltenschaft mit den Ergebnissen der Reichstagsberatungen deutlich zum Ausdruck. Die auf der Tagung einstimmig angenommene Entschließung betont, daß in der Krankenversicherung die in der dritten Lesung erfolgte Ablehnung der in der ersten und zweiten Lesung auf 6000 M. erhöhten Versicherungspflichtgrenze für die Angestellten unerträglich ist, weil durch die Beibehaltung der Versicherungspflichtgrenze von 2700 M. dem weitaus größten Teil der Bergbauangestellten die Zugehörigkeit zur Krankenkasse verwehrt wird. In der Pensionsversicherung ist im Gegensatz zu den Beschlüssen der ersten und zweiten Lesung die 55-Jahresgrenze für diejenigen Angestellten, die nicht die Voraussetzung der 15-jährigen wesentlich bergmännischen Tätigkeit erfüllen, praktisch in Fortfall gekommen. Die gleitende Rente ist beseitigt worden. Die in der dritten Lesung festgelegten Steigerungssätze bedeuten ebenfalls eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustande. Insbesondere stehen die Steigerungssätze über 25 Dienstjahre in keinem vergleichbaren Verhältnis zu den entrichteten Beiträgen.

Die Anerkennung der in der dritten Lesung getroffenen Regelung kann den Bergbauangestellten unmöglich zugemutet werden. Die Angestelltenältesten fordern deshalb vom Reichstag, den Beschlüssen des Ausschusses in der vorliegenden Form ihre Zustimmung zu versagen. Bei der Abstimmung wird sich zeigen, auf welche Seite die Abgeordneten stehen.

Der Personalabbau bei der Reichsbahn.

Die preußische Regierung bemüht sich um Milderung.

Wie in einer Kleinen Anfrage ausgeführt wurde, führt die Reichsbahngesellschaft gegenwärtig im schlesischen und ostpreußischen Grenzgebiet einen umfangreichen Werkstättenabbau durch. Es wurde auf die hierdurch entstehende Notlage für zahlreiche Arbeiterfamilien hingewiesen und das Staatsministerium gefragt, wie es die „offensichtlich durch die Reichsbahngesellschaft verletzten preußischen Interessen und die nationalen Belange der östlichen Grenzmark zu wahren“ gedenke.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst der Antwort des preußischen Handelsministeriums entnimmt, hat sich die Staatsregierung sofort nach Bekanntwerden der Arbeiterentlassungen mit der Reichsbahngesellschaft und der Reichsregierung in Verbindung gesetzt und auf die außerordentlich schädlichen wirtschaftlichen wie politischen Folgen derartiger Maßnahmen hingewiesen. Es ist aber nicht gelungen, die Maßnahmen ganz zu verhindern, weil die Reichsbahn wegen ihrer äußerst ungünstigen Finanzlage und des außerordentlichen Verkehrsrückgangs einen stärkeren, bisher vermiedenen Personal- und Werkstättenabbau vornehmen zu müssen glaubte. (Um die Arbeiten dann zu verteuerten Preisen an Privatunternehmer zu vergeben. Anmerkung der Redaktion.) Erreicht wurde eine Verschiebung der Entlassungen bis zu einem Zeitpunkt, wo angenommen werden konnte, daß die Landwirtschaft für die Aufnahme von Arbeitskräften aufnahmefähig sein würde und wo ferner in der Bahnunterhaltung bei der Reichsbahn selbst Arbeitskräfte in größerer Zahl gebraucht wurden. Im übrigen werden weitere Maßnahmen der Staatsregierung bezüglich des Personal- und Werkstättenabbaus in den östlichen Grenzbezirken erwogen.

Keine Entspannung im englischen Bergbau.

Vor dem Ablaufen des Angebots der englischen Regierung.

London, 30. Mai. (TU.) Morgen läuft das von der Regierung der Kohlenindustrie gestellte Ultimatum insofern ab, als ab 31. Mai das Subventionsversprechen der Regierung keine Geltung mehr hat. Bisher machen sich keinerlei Anzeichen einer Entspannung bemerkbar. Die Regierung hat unter diesen Umständen den Entschluß gefaßt, die Einfuhr ausländischer Kohle für die durch den Kohlenmangel bedrohten Industrien in großem Maßstabe vorzubereiten. Man erwartet, wie die „Sunday Times“ betont, von seiten der Eisenbahnergewerkschaften keinerlei Schwierigkeiten. (?!) In den letzten Tagen sind bereits große Kohlenladungen in Rotterdam eingetroffen (das immerhin noch in Holland liegt). In den Kohlenrevieren einiger kleiner Bezirke ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. (?) Es liegen Berichte vor (von wem?), wonach die Stimmung für den Uebergang zum Achtstundenarbeitstag im Wachsen ist. Von der Anknüpfung neuer Verhandlungen kann aber im Augenblick noch keine Rede sein.

Tagung der Schornsteinfegergesellen.

2. Verhandlungstag.

Die technische Organisation, eine Lebensfrage aller Berufsangehörigen, behandelte in einem ausführlichen Referat Verbandsvorsitzender Schreiber, Berlin, der die vorbereitenden Arbeiten mit dem Zentralinnungsverband als im Interesse beider Vertragschließenden liegend bezeichnete, die als Träger der Idee mit gleichen Rechten und Pflichten zu gelten haben. Der Heiz- und Wärmewirtschaft wird in Zukunft erhöhtes Augenmerk zugewandt werden müssen, wenn den gesteigerten Anforderungen der Fortbildung im Beruf genügt werden soll. An einer staatlichen Anstalt (Baugewerksschule Neukölln) ist bereits der Anfang gemacht mit periodischen Lehrgängen, die aus allen Teilen des Reiches sehr gut belegt sind. Daneben sollen die anderweit bestehenden Fachschulen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützt und gefördert werden. Gleichsam als wärmewirtschaftliche Behörde wird die paritätisch zusammengesetzte heiztechnische Organisation über Geschäftsführung und Geschäftsgang der einzelnen Lehrstühle zu wachen und den Lehrkörper auszuwählen und zu kontrollieren haben. Die technische Organisation ist das erfreuliche Ergebnis mehrjähriger Verhandlungen zwischen den beiden Berufsverbänden.

Rund 40 Anträge der Ortsgruppen stehen zur Beratung, die fast den ganzen zweiten Verhandlungstag ausfüllte. In der Hauptsache betreffen sie anderweite Fassung oder redaktionelle Abänderung verschiedener Bestimmungen der Verbandsstatuten. Von grundlegender Bedeutung ist vor allem die satzungsmäßig festgelegte Arbeit an der Jugend, den Lehrlingen, denen die Möglichkeit jetzt geboten ist, sich in besonderen Gruppen der Gewerkschaft anzuschließen. Nicht allen Delegierten erschien die Aufnahme der Jugendarbeit in das Aktionsprogramm des Zentralverbandes sympathisch. Aber die Mehrheit gab dem Lehrlingsantrage der Ortsgruppe Berlin in der Hoffnung statt, daß diese Neuerung, die nur durch einen Zufall nicht schon 1924 auf dem Verbandstage in Bremen beschlossen wurde, von Erfolg begleitet sein möge.

Auf Einführung einer Erwerbslosenunterstützung zielten mehrere Anträge ab, die von den Ortsgruppen Frankfurt, Dresden, Königsberg i. Pr., Leipzig und Danzig gestellt worden waren. Die Notwendigkeit der Gewährung einer Erwerbslosenunterstützung erkannte die Generalversammlung einmütig an. Einer sofortigen Schaffung des neuen Unterstützungszweiges wurde aus finanziellen Erwägungen nicht zugestimmt, dafür aber der Vorschlag des Zentralvorstandes zum Beschluß erhoben, Ermittlungen über Vorhandensein und Dauer der Erwerbslosigkeit in den einzelnen Ortsgruppen während der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember d. J. zum Zweck der Beibringung von einwandfreien Unterlagen anzustellen. Beirat und Zentralvorstand sollen zu dem übermittelten Material alsdann in einer Sitzung im März n. J. Stellung nehmen und über die Angelegenheit event. beschließen. Extrabeiträge sollen künftig nicht mehr erhoben, dafür aber laufende Beiträge in Höhe von 50 Pf. vierteljährlich einmal eingezogen werden.

Innerorganisatorische und Berufsfragen, die infolge der Besprechung einiger Anträge zu ergiebiger Erörterung gelangten, reihten sich an. Alsdann wurde als Vorort der nächsten Generalversammlung Leipzig bestimmt. Verbandsvorsitzender Schreiber, Berlin, der langjährige verdienstvolle Führer des Zentralverbandes der Schornsteinfegergesellen Deutschlands, schied bei den Neuwahlen von seinem Posten. Gleichfalls legte der zweite Vorsitzende Müller, Berlin, der über ein Jahrzehnt die Geschicke des Zentralverbandes mitbestimmend beeinflußt hat, sein Amt nieder. Beiden erstattete die Tagung für allzeit erfolgreich bewiesenes tätiges Interesse ihren wärmsten Dank ab. Zur Erinnerung wurde den Scheidenden je eine goldene Uhr mit entsprechender Widmung als Zeichen der Wertschätzung und allseitiger Verehrung überreicht. Zum Vorsitzenden wurde Fahland, Berlin, zum zweiten Vorsitzenden Vogt und zum Kassierer Beiersdorf, Berlin, gewählt.

Wie die Moskauer die Wahrheit umbiegen.

Von der Branchenleitung der Hobler, Bohrer, Stoßer und Fräser im Deutschen Metallarbeiterverband wird uns mitgeteilt:

Unter dem 26. Mai stand im gewerkschaftlichen Teil der „Roten Fahne“ ein Bericht von der Branchenversammlung obengenannter Gruppe, der in ganz tendenziöser Weise abgefaßt ist. Im allgemeinen lehnt die Branche es ab, Berichtigungen einzusenden, die sich auf die „Rote Fahne“ beziehen, da es bekannt ist, in welcher Weise Versammlungsberichte von Metallarbeiterversammlungen dort wiedergegeben werden. Da jedoch von offensichtlicher Schiebung die Rede ist, muß eine Richtigstellung erfolgen, da sonst die Meinung bestehen könnte, daß das Geschreibsel der „Roten Fahne“ auf Wahrheit beruht.

Es wird behauptet, daß mehrere Male abgestimmt und ausgezählt wurde und daß für jede der Listen 152 Stimmen gezählt wurden, und daß dann zum Schluß erst der Kollege Tirpitz, der Auszähler war, erklärt hätte, daß das Bureau nicht mitgezählt sei, so daß also dann 155 Stimmen für die „Reformisten“ zu zählen sind.

Tatsache ist, daß bei der Auszählung je ein Kollege der Amsterdamer und Moskauer Richtung mitwirkten, und zwar zählten zwei Kollegen die Oppositionsliste und zwei Kollegen die Amsterdamer Liste. Bei dem Zählen der Moskauer Liste bestand keine Differenz, da beide Kollegen übereinstimmend 152 Stimmen herauszählten. Bei der Zählung der Amsterdamer Liste bestand eine Differenz von 156 zu 152 Stimmen, die von den Kollegen der Moskauer Richtung festgestellt wurde. Zu dieser Zahl mußte — darin waren sich beide Auszähler einig — die Zahl des Bureaus in Stärke von vier Mann und außerdem der Auszähler, der die Moskauer Liste ausgezählt hat, ebenfalls mitgerechnet werden. Hinzu kamen also noch fünf Kollegen. Die Branchenleitung hätte nun infolge dieser Differenz eine nochmalige Auszählung vornehmen müssen, hat dieses jedoch abgelehnt, da mithin, selbst nach den Aussagen des Zählenden der Moskauer Richtung, in der Versammlung eine Mehrheit vorhanden war, so daß also auf ganz legalem Wege, selbst nach der Zählung des Zählers der Opposition, die Amsterdamer Liste von 157 Stimmen gegen 152 Stimmen gewählt wurde.

Da nun unsere Freunde, die sich mit dem Mäntelchen „Opposition“ schmücken, immer auf dem Standpunkt stehen, daß Mehrheit eben Mehrheit ist und daß die bestehende Mehrheit die Macht besitzt, so hat auch in diesem Falle die alte Branchenleitung, die in ihrer jetzigen Zusammensetzung bereits das siebente Jahr amtiert, die auf sie entfallene Wahl angenommen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit nicht verfehlen, darauf aufmerksam zu machen, daß die jetzige Branchenleitung nur aus alten Gewerkschaftlern besteht und daß der jüngste Branchenkollege bereits eine 16jährige Verbandszugehörigkeit besitzt.

Anders sieht es jedoch mit der sogenannten Oppositionsliste aus. Mit zwei bis drei Ausnahmen sind diese „revolutionären Kämpfer“ alle seit den Jahren 1922, 1923, 1924, ja sogar fünf Kollegen erst seit 1925 organisiert: davon ist ein Kollege wegen Nichtinnehaltung von Werkstattsbeschlüssen bereits schon einmal aus der Organisation ausgeschlossen gewesen. Alle anderen „revolutionären Kämpfer“ haben schon zwei- bis dreimal die Mitgliedschaft im Deutschen Metallarbeiterverband erworben und sich anscheinend zu Hause eine kleine Bibliothek von Verbandsbüchern angelegt. Mit solchen Kandidaten hat die Opposition aufgewartet und aus diesem Grunde ist ihnen auch die wohlverdiente Antwort zuteil geworden.

Achtung Bauarbeiter! Morgen, Dienstagabend 5 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Saal 1, eine Baudelegiertenversammlung statt. Jede Baustelle muß vertreten sein. Mitgliedsbuch legitimiert.

Sport.

Motorrad-Geschicklichkeitswettbewerb.

Auf der Olympia-Radrennbahn veranstaltete der Motorradklub „Hansa“ am Sonntag einen Motorrad-Geschicklichkeits-Wettbewerb vor — leeren Tribünen. Was um so bedauerlicher ist, als die Wettbewerbe eine sehr humorvolle und abwechslungsreiche Angelegenheit waren, die auch sportlich durchaus beachtenswert erscheinen. Die Wettbewerbe wurden getrennt für Einzel- und Seitenwagenmaschinen ausgefahren. Insgesamt waren 11 Geschicklichkeitsprüfungen abzulegen, die wiederholt zwerchfellerschütternde Lachsalven hervorriefen. Ein besonders schwieriges Experiment ist das Wippenfahren, wobei ein 30 Meter langes Brett mit einer darauf befindlichen 30 Zentimeter hohen Wippe überfahren werden mußte. Aber auch Reifen-, Aalfahren und ähnliche Geschicklichkeiten, die humorvoller Situationen nicht entbehrten, stellten an Fahrer und Maschinen hohe Ansprüche.

Rennen zu Ruhleben am Sonntag, den 30. Mai.

1. Rennen. 1. Mentor I (V. Finn), 2. Sphinx I, 3. Ingrid Halle. Toto: 18 : 10. Platz: 11, 13, 11 : 10. Ferner liefen: Constanz, Modedame, Kohlenkönigin, Einsicht, Erich S.

2. Rennen. 1. Tudora (O. Lautenberger), 2. Carl Alexander, 3. Konsul. Toto: 109 : 10. Platz: 26, 51, 15 : 10. Ferner liefen: Minnie, Prinzessin Etawah, Dante, Bessie, Katzbach, Indianer, Harlekin, Flamingo.

3. Rennen. 1. Prinzessin Fortuna (E. Perk), 2. Unheil, 3. Höhensonne. Toto: 225 : 10. Platz: 50, 58, 37 : 10. Ferner liefen: Heideroise B., Nimiene, Fiscus, Torrero, Longobarde, Tafna, Handiest, Zeitgeist, Angriff, Kluck, Corona, Mc. Kinney, Interessant, Stapellauf, Ludmill I, Blaumeise, Harry W.

4. Rennen. 1. Lebenskünstler (Ch. Mills), 2. Franlet (M. Ringlus), 3. Belwin (E. Treuherz). Toto: 19 : 10. Platz: 13, 16, 17 : 10. Ferner liefen: Quitt quatt, Quadrat, Magowan, Friston, Der Beste, Manrica, Herostrat. Der Beste lief ohne Wette.

5. Rennen. 1. Divisionär (Zauß), 2. Terraria, 3. Sonntagsprinz. Toto: 50 : 10. Platz: 34, 28, 47 : 10. Ferner liefen: Peter A., O'Captleerberg, Brison Prinz, Morgentau, Crispa, Schneewolke, Schwarzwaldmädel, Drelise Anvil, Friedrich Rex, Linscott jr., Benedict, Notula, Radiola, Kurgast, Venus, Weinminze.

6. Rennen. 1. Florentiner (J. Mills), 2. Bechlachel, 3. Marry H. Toto: 37 : 10. Platz: 12, 15, 11 : 10. Ferner liefen: Soubrette, Edith Worthy, Marcel, Doritha.

7. Rennen. 1. Billy A. (Zauß jr.), 2. Lockung, 3. Königsadler. Toto: 30 : 10. Platz: 15, 17, 16 : 10. Ferner liefen: Starbella, Quintora, Johannistäfer, Della.

8. Rennen. 1. Abteilung: 1. Baron Sylvester (Heckert), 2. Orientale, 3. Florida. Toto: 21 : 10. Platz: 12, 13, 58 : 10. Ferner liefen: Toddingt., Kartenspieler, Sir Caib, Meisterstück, Petronella A., Kronsbeere, Struwelpeter, Idasa, Champion Goud, Kletterrose.

2. Abteilung: 1. Crisa (F. Bahr), 2. Hellina, 3. Gerhard. Toto: 67 : 10. Platz: 22, 17, 20 : 10. Ferner liefen: Crane, Wintermärchen, Anna Laura, Lucie Halle, Dilemma, Schüler Teddy, Leuchtturm, Isegrim, Arnfried, Friedrichsd'or, Charade.

9. Rennen. 1. Gassenmädel (Zauß jr.), 2. Frankenstein, 3. Topal. Toto: 101 : 10. Platz: 18, 12, 20 : 10. Ferner liefen: Sybill, Dompfaff I, Verdun, Ebonit, Baron Axworthy.

Die Radrennen, die der Gau des Bundes deutscher Radfahrer gestern auf der Treptower Bahn austrug, erfreuten sich eines zahlreichen Besuchs. In den Vorläufen des Erstefahrens belegten Hoffmann, Zastrow, Imhoff und Karbatsch die ersten Plätze. Im Endlauf konnte dann Imhoff den ersten Platz gut vor Hoffmann und Karbatsch behaupten. Der Verein Conkordia war der beste im Vereinsmannschaftsrennen, vor dem B. R. C. 89 und Tempo 08. Die Concordia-Leute Packebusch, Walter und Kühl konnten mit 35 Punkten das in drei Läufen ausgetragene Mannschaftsfahren gewinnen vor der Mannschaft Tempo 08. Sehr interessant verlief das Stundenmannschaftsfahren mit den 6 Wertungen, 46 560. Petermann gewann die beiden ersten Wertungen, von seinem Partner wurde er sehr im Stich gelassen, konnte dennoch zweimal den dritten Platz belegen. Ausreißversuche von Fliegel-Neumann und Tonn-Brandt verliefen ergebnislos. Unüberrundet traten alle 12 Paare zur Schlußwertung an. Petermann lag in der Führung, als ihn Kühl in der Einlaufkurve überholte und auf den Rasen niederdrückte, er kam aber glimpflich davon. In dem ersten Klassement belegten Krehn-Engelmann (B. R. C. 89) den ersten Platz mit 15 Punkten, den zweiten hielt Walter-Kühl (Conkordia) mit 14 Punkten. Kühl hatte verdient, disqualifiziert zu werden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Ehlorn; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Städtische Oper Charlottenburg 7 Uhr: Katja Kabanowa Abonn.-Turnus IV

Deutsches Theater Norden 10334—38 Letzte Vorstellung 8 Uhr: Viktoria

Kammerspiele Norden 10334—38 8 Uhr: Week-end (Ueber'n Sonntag)

Die Komödie Bismarck 2414, 7516 8 Uhr: Theater!...

Großes Schauspielhaus 8¼ Uhr: Letzte Vorstellung! Alt-Heidelberg Gastspiel Alfred Braun

Neues Th. am Zoo Tägl. 8 Uhr: Der alte Dessauer Operette in 3 Akten Charl. Vespermann, Falk, Kiper, Godau, Straaten, Hainisch Preise 0.50 bis 6 M.

Pumpen Koblank & Co. Pumpenfabrik, Berlin N 65, Reinickendorfer Straße 95.

Theater a. Kottb. Tor Tägl. 8 Uhr Elite-Sänger Baumblüte in Werder

Krause-Pianos zur Miete Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstraße

Reichshallen-Theater Abends 8 Uhr Stettiner Sänger Neu! Ein Hausball bei Meyer's Dönhoff-Brettl Varieté! — Konzert! — Tanz!

Kohlensäurereiches Thermal-Solbad und Inhalatorium BAD SALZUFLEN Lippe. Teutoburger-Wald. für Frühjahrskuren geöffnet. 1925: 23662 Kurgäste × Herz-, Nerven-, Frauen-, Luftwegekrankh.-Rheuma × Tägliche Konzerte Mineralpastillen in Apotheken u. Drogerien Auskunft durch Lipp. Badeverwaltung und Reise- und Verkehrsbüros

Photoapparate, Feldstecher kaufen Sie gut und preiswert im Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

Trauerspenden jeder Art liefert preiswert: Paul Golletz, vormals Robert Meyer, Mariannenstr. 1, Amt Moritzpl. 10808

Marken-Zigaretten Große Posten 3-Pf.-Sorten billig. Fabelhaft, Blankopf. Fritzi 22.70 Moslem 3 Pf. am Lager. Dicke Türken, Kibari 22.90 Juno 28.20 Steyr Staatsr. 34.00 OldPort. Oberst 35.00 Walaske, Ayida 42.50 Dieses einige Beispiele unserer Billigkeit. Reparaturbeleg am Lager. Zigarren weit unter Fabrikpreis. Sommer Neue Schönhauser Str. 4-5, im Laden. Genau auf Hausnummer achten. Versand nur gegen Nachnahme.

Ischias in 8 Tagen sind schwere Fälle beseitigt worden. Ärztl. empfohlen.

Holzhäuser liefert seit 25 Jahren Dickmann A.-G., W 57 Wochenendhäuser — Prospekte gratis! Wald- u. Wasserparzellen-Nachweis!

Metallbetten Stahlmatratzen, Kinderbetten günstig an Priv. Kat. 650 fr. Eisenmöbelfabrik Suhl Thür.

Verkäufe

Reißzeuge (Richter-Präzision), Sicherheits-Goldfüllfederhalter. Bureaubedarfshaus Lindner, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 56/57.

Gartenschlauch, Meter eine Mark an. Gummifabrik Otto Prislow, Münzstraße 18.

Möbel

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues, Walter, Stargarder Straße achten. Sozialgeschäft.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Tinf, Brunnenstraße 35.

Kaufgesuche

Fahrräder kauft Lindenstraße 3?